Abzockerei und Vetternwirtschaft im Bildungswesen

Category: Blog
geschrieben von Yasmine Bourgeois | 30. Juli 2021



Tages-Anzeiger – Mittwoch, 21. Juli 2021

Zürich

SP-Schulpräsident angelt sich Chefposten und kassiert Abfindung

Vorwürfe der Vetternwirtschaft Roberto Rodriguez wird Schulleiter in seinem eigenen stadtzürcher Schulkreis Uto. Gewählt hat ihn die Behörde, die er selber präsidiert. Zudem bekommt er 650'000 Franken Abgangsentschädigung.

Daniel Schneebeli

Die Schule Falletsche in Leimbach gilt in der Stadt Zürich als eine der schwierigsten Schulen überhaupt. Viele Flüchtlinge, viele kinderreiche Familien an der Armutsgrenze, Neubauquartiere mit Dutzenden von neuen Familien.

In der Sekundarschule Falletsche waren die Spannungen in den vergangenen Jahren und Monaten stetig gestiegen. Der Schulleiter wurde krank, und unter den Lehrerinnen und Lehrern setzte ein Massenexodus ein.

Nun ist die Schule eine Woche vor den Sommerferien wieder in heller Aufregung. Grund: Die Kreisschulpflege Uto hat am 1. Juli bekannt gegeben, wen sie als neuen Schulleiter für die Sekundarschule ausgewählt hat: Es ist Roberto Rodriguez, der noch immer amtierende Präsident der Kreisschulbehörde. Und was – wie Recherchen dieser Zeitung ergeben – die Schulpflege nicht kommuniziert hat:

Es braucht mehr privates Engagement im rotgrünen Zürich.

Renggli Autogarage

Stämpfli Fensterbau

Vetterli Wirtschaftsschule

SP

vormals Schule Falletsche



Yasmine Bourgeois,

Mittelstufenlehrerin, Gemeinderätin der FDP in Zürich: Motion war schon lange eingereicht

Die Schlagzeile verbreitete sich schnell. Ebenso die allgemeine Empörung. Der abtretende Präsident der Stadtzürcher Kreisschulbehörde im Schulkreis Uto liess sich von seiner eigenen Schulbehörde als zukünftiger Schulleiter anstellen. Zugleich kassiert er eine überrissen hohe Abfindung in der Höhe von 650’000 Franken. Die gesetzlich verankerte Abfindung kann Rodriguez nicht angelastet werden. Höchstens, dass er sich diese, vermutlich, um Steuern zu sparen, in Raten auszahlen lassen will.

> *Die Abfindungen sollen verhindern, dass Politiker, welche schon länger im Amt sind, nicht zu Sesselklebern werden, aus Angst, keinen anderen Job mehr zu finden.*

Die Abfindungen sollen verhindern, dass Politiker, welche schon länger im Amt sind, nicht zu Sesselklebern werden, aus Angst, keinen anderen Job mehr zu finden. Je länger man im Amt und je älter man ist, desto schwieriger wird es, sich neu zu orientieren. Bedenkt man, dass Politiker ständig unter Beobachtung stehen und bereits der kleinste Fehler von der Öffentlichkeit genüsslich kritisiert, gedreht, gewendet und verbreitet wird, könnte man argumentieren, dass Abfindungen ein Zückerchen für diese doch dann und wann unangenehme Kehrseite der Medaille darstellen dürften. Doch wer sich auf die Politik einlässt, kennt alle Vor- und Nachteile, und ein Fallschirm in dieser Höhe kann nicht mehr zeitgemäss sein und ist gegenüber den Steuerzahlern, welche in den meisten Fällen selbst nie in den Genuss eines Fallschirms kämen, ein Affront.

> *So reichten zwei Gemeinderäte im Jahr 2018 eine Motion ein, die forderte, Abfindungen von Behördenmitgliedern auf maximal zwei Jahresgehälter zu kürzen.*

So reichten zwei Gemeinderäte im Jahr 2018 eine Motion ein, die forderte, Abfindungen von Behördenmitgliedern auf maximal zwei Jahresgehälter zu kürzen. Die Forderung wurde vom Rat mit einer Textänderung in einer abgeschwächten Form überwiesen. Der Stadtrat hätte für die Ausarbeitung einer Weisung zwei Jahre Zeit gehabt, beantragte aber eine Verlängerung bis

November 2021. Gemäss Aussagen von Politikern aller Parteien dürfte aber zumindest darüber Konsens herrschen, dass in Zukunft keine so hohen Summen mehr spendiert werden.



Wie steht es aber mit dem Vorwurf der Vetternwirtschaft? Es mutet schon etwas seltsam an, wenn ein abtretender Präsident einer Behörde sich von ebendieser Behörde einen Job zuspielen lässt. Selbst wenn der Betroffene in den Ausstand tritt, kann die Befangenheit nicht aus dem Weg geräumt werden.

Der zuständige Stadtrat betont, dass er den Schritt nicht hätte verhindern können, weil die Kreisschulpräsidien mit ihren Schulkreisen praktisch autonom seien. Im ganzen Kanton Zürich stellt man sich inzwischen in immer mehr Gemeinden die Frage, in welcher Form an den Schulpflegen festgehalten werden soll.

> *Seit die Schulen von professionellen Schulleitungen geführt werden, die neuerdings auch für die Mitarbeiterbeurteilung die alleinige Verantwortung tragen, sind Aufgabenspektrum und Verantwortlichkeiten der Schulpflege bedeutend geschrumpft.*

Seit die Schulen von professionellen Schulleitungen geführt werden, die neuerdings auch für die Mitarbeiterbeurteilung die alleinige Verantwortung tragen, sind Aufgabenspektrum und Verantwortlichkeiten der Schulpflege bedeutend geschrumpft. Bereits heute ringen die verschiedenen Parteien um geeignete Kandidaten. Mit dem Wegfall der Mitarbeiterbeurteilung wird dieses Problem in Zukunft wohl verschärft. Einige Gemeinden sind bereits zur Tat geschritten und haben eine grundsätzliche Reorganisation der Schulbehörden eingeleitet. So zum Beispiel die Stadt Winterthur. Dort wird es, sofern die Vorlage beim Volk durchkommt, in Zukunft nur noch eine siebenköpfige Schulpflege für die ganze Stadt geben, die aus sechs Mitgliedern und einem Stadtrat bestehen wird. Den Schulleitungen in den vier Stadtkreisen wird je ein Leiter Bildung vorstehen. Diese Zwischenstufe – quasi ein Schulleiter für mehrere Schuleinheiten – wurde im Kanton Zürich jüngst als Option für grössere Gemeinden eingeführt.

Ob sich so ein Modell im ganzen Kanton bewähren würde? Die Stadt Zürich ist daran, eine Behördenreorganisation durchzuführen – aufgrund von Corona mit grossen Verzögerungen.

> *Aus liberaler Sicht gibt es beim Modell der Stadt Winterthur nicht nur Vorteile. Die Schulleitungen werden neu Beamten unterstellt.*

Aus liberaler Sicht gibt es beim Modell der Stadt Winterthur nicht nur Vorteile. Die Schulleitungen werden neu Beamten unterstellt. In den letzten Jahren haben es liberale Kreise gänzlich verpasst, Schlüsselpositionen in der Bildung zu besetzen. Der Einfluss der meist ideologisch gesteuerten pädagogischen Hochschulen auf die Entwicklungen im Bildungssystem ist daher enorm. Was die PH’s predigen, wird an der Politik vorbeigeschleust und in der Praxis kaum hinterfragt. Kreative Beurteilungssysteme, die Abschaffung von Hausaufgaben, schulische Integrationsmodelle und vieles mehr. Schliesslich klingt zügellose Reformpädagogik gut und schön – man weiss es schliesslich auch nicht besser. Wer sich auskennt, kommt von einer der zahlreichen PH’s und hat die gut klingenden, praxisfernen Theorien bereits als Religion einverleibt. Und wer sich wehrt, wird als Ewiggestriger in die Schmuddelecke gestellt. Dies alles würde eher dafür sprechen, die echte Milizfunktion der Schulbehörden beizubehalten und allenfalls zu stärken, damit in Zukunft die Bodenhaftung der Volksschule nicht noch ganz verloren geht.